

Erstaufnahme: Was ist zu schaffen?

Emotionen kochen hoch in Ratsdebatte/Formal hat die Stadt bei dem Vorgang nichts zu sagen

VON MAREN REESE-WINNE

Cuxhaven/Altenwalde. Im Rat ging es hoch her bei der Debatte um die Erstaufnahmeeinrichtung, die das Land Niedersachsen in der ehemaligen Altenwalder Kaserne errichten will. Die Gruppe CDU/Die Demokraten sah sich dabei mit Gegenwind aus fast allen anderen Fraktionen konfrontiert.

Auslöser war eine Vorlage, mit der Oberbürgermeister Uwe Santjer die Prämissen der Stadt Cuxhaven noch einmal festzuschreiben wollte und sich dafür den Konsens des gesamten Rats gewünscht hätte (s. Zusatzinfo). Für die Gruppe CDU/Demokraten-Gruppe bedeute dies eine erhebliche Aufweichung der bisherigen Abmachungen, die sie nicht mittragen könne, erläuterte Fraktionsvorsitzender Thiemo Röhler, der auch auf die Ausführungen der Innenministeriums-Votreterin Dr. Susanne Graf, Leiterin der Abteilung Migration, in der vergangenen Ratssitzung einging. Diese habe sehr deutlich gemacht, dass das Land sich eben nicht auf eine Obergrenze von 600 Personen und auf eine Höchstlaufzeit festlege.

Die Erstaufnahme habe zudem nichts mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu tun, vielmehr sei ein hoher Anteil alleinreisender Männer zu erwarten. Der zuvor noch enthaltene Zusatz, dass die Kinder auf dem Gelände zu beschulen seien, war Röhler zu schwammig, auch bei der medizinischen Versorgung sei die Abgrenzung nicht mehr klar genug.

Lieber mitreden als überrollt werden

Uwe Santjer stellte klar, dass nach Ankündigung des Ministeriums die Einrichtung sehr wohl auch für die Aufnahme von Familien bestimmt sei. Deren Kinder könnten die örtlichen Schulen und Kitas schon wegen ihrer kurzen Anwesenheit hier nicht besuchen. Formal könne Cuxhaven zudem überhaupt nichts gegen die Landes-Pläne machen. Die Verwaltung habe sich aber dazu entschieden, ihre Stimme zu erheben und mitzumischen. Hierdurch sei die ursprüngliche Planung schon erheblich angepasst worden; gerade bei der Kapazität, die zunächst bei über



Im Rat ging es einmal mehr um die Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in der Altenwalder Kaserne und darum, wie die Stadt Einfluss nehmen kann. Foto: Reese-Winne

1000 gelegen habe. „Um zu besseren Bedingungen zu kommen, werden wir im Gespräch bleiben“, so Santjer.

Ingo Grahmann (SPD), Ortsbürgermeister in Altenwalde, wies auf die humanitäre Verpflichtung hin: „Wir haben bewiesen, dass wir das stemmen können.“ Leider habe das Land der Kirche und den Flüchtlingsorganisationen, die sich in den Startlöchern befänden, noch keinen Träger nennen können. In einem flammenden Statement bekundete Günter Wichert (FDP), die FDP-Fraktion unterseide nicht in Männer, Frauen oder Familien. Es handle sich um ein humanitäres Projekt für Menschen. Der Verlauf hänge von den Krisen auf der Welt ab. Initiativen, die helfen wollten, gehörten unterstützt - die Koordination solle das Land übernehmen. „Diese Stadt ist offen, bei vier Millionen Übernachtungen im Jahr schaffen wir auch diese 600“, bekundete Wichert.

Einzelvertreter Anton Werner Grunert hielt es für richtig, Menschen in Not zu helfen. Er frage sich allerdings, warum so viele Flüchtlinge immer nur nach

Deutschland strebten und nicht in den europäischen Einreiseländern verweilten.

„Wir entscheiden das sowieso nicht“, erinnerten Rüdiger Kurmann und Peter Altenburg („Die Cuxhavener“). Beide würdigten die Bestrebungen der Oberbürgermeisters, machten aber auch die schwierige Lage der Bewohnerinnen und Bewohner Altenwaldes deutlich. „Wir müssen damit rechnen, dass diese damit

Probleme haben“, so Kurmann. Dennoch sei Flüchtlingen die Hand zu reichen, fand Peter Altenburg und warnte, davor, hier ein Monster aufzubauen.

Warnung vor zu viel Konzentration

Thomas Brunken (CDU) verwahrte sich dagegen, in eine Ecke gestellt zu werden, in die er nicht gehöre: Strittig sei einzig die Geballtheit: „Das ist zu groß, das

wird uns überfordern.“ Fraktionskollege Enak Ferlemann nannte als Negativbeispiel die Einrichtung in Soltau-Fallingb. „Dort ist das nicht so gelaufen, wie wir das uns wünschen. Der OB weiß ganz genau, wo die Probleme liegen. „Aus der Erfahrung anderer zu lernen, sei nur legitim. Natürlich werde seine Fraktion, auch wenn sie heute nicht zustimme, die kommende Herausforderung mittragen: „Wir können uns ja eine Bessere belehren lassen.“

Uwe Santjer betonte, dass solche Diskussionen gerade landesweit liefen - eben weil das Land sich entschieden habe, kleinere Einrichtungen an mehr Standorten zu betreiben. „Umso geringer ist die Gefahr, einzelne Orte zu sehr zu belasten. Wenn das nicht gelingt, brauchen wir wieder Einrichtungen für 4000 bis 5000 Leute“, gab er zu bedenken. Dort entstünden dann auf jeden Fall Probleme und auch in Zelten und Messehallen, wo das Leben menschenunwürdig sei. Ohne Gesamtkonsens wurde die Vorlage schließlich durch eine Zweidrittel-Mehrheit im Rat getragen.

Bedingungen formuliert

Die Rahmenbedingungen (eine war kurz zuvor im Verwaltungsausschuss noch modifiziert worden) der Stadt für die Unterstützung der Erstaufnahme lauten wie folgt: Die Betreuung und Beschulung der geflüchteten Kinder erfolgt durch das Land. Das Land errichtet und betreibt eine 24/7 besetzte Sanitätsstation, gewährleistet die ärztliche Betreuung innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Erstuntersuchung und plant eine ärztliche Versorgung mit der KVN (Kassenärztliche Vereini-

gung Niedersachsen). Die maximale Belegung wird mit 600 Personen festgelegt. Die Dauer des Betriebes erfolgt für fünf Jahre zuzüglich weiterer fünf Jahre erfolgt, wobei nach den ersten drei Jahren eine Evaluation vorzunehmen ist. Das Land koordiniert die ehrenamtliche Tätigkeit vor Ort. Die Bemühungen um eine Aufnahmeeinrichtung des Landkreises Cuxhaven mit weiteren maximal 200 Personen werden in die Überlegungen einbezogen.